

INFOTICKER

Nr. 23 | 18.06.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de

WM 2010

JETZT ERST RECHT!



Jetzt erst recht!

Der Traum vom **Fußballweltmeister Deutschland** ist noch nicht vorbei



Erste Halbzeit: Fast hatte es geklappt! Deutschland drängt in das serbische Spielfeld und steht vor dem Tor. Doch der Ball knallt am Pfosten ab.



Schock! Serbien schießt sich kurz vor Ende der ersten Halbzeit in Führung.



Fußballspannung pur herrschte heute Mittag in der CDU-Landtagsfraktion. Mitarbeiter und Abgeordnete verfolgten das Spiel Deutschland gegen Serbien live am Fernsehen. Schock kurz vor Ende der ersten Halbzeit: Serbien geht mit einem 1:0 in Führung. Leider sollte sich dies auch als Endergebnis des Spiels erweisen. Obwohl Deutschland mit Podolski gute Torchancen hatte, wollte das Runde einfach nicht ins Eckige.

AUFARBEITUNG ALS MAMMUTAUFGABE

Stasi-Beauftragte Ulrike Poppe berichtet über erste Zwischenbilanz

Erste Zwischenbilanz auf dem langen Weg der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte. 100 Tage nach ihrer Amtseinführung besuchte die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg. Wie die ehemalige DDR-Oppositionelle sagte, habe sie in zahlreichen Begegnungen mit Bürgern bereits schnell erfahren, welche komplizierten Aufgaben vor ihr lägen. Insbesondere ihre Erfahrungen in Schulen hätten sie dabei zum Teil verstört.

Wie Poppe berichtete, sei es den Öfteren geschehen, dass Lehrerinnen und Lehrer während ihres Gesprächs mit den Schülern zu einer flammenden Gegenrede angesetzt hätten. Auch wenn es natürlich mehrheitlich gute Pädagogen in unserem Land gebe, müsse einer solchen Verklärung der DDR begegnet werden, forderte Poppe und kündigte an, sich verstärkt im Bereich der Lehrerbildung zu engagieren.

Ihr Ziel sei ein grundsätzliches Klima der Offenheit, in dem Gespräche auch zwischen Tätern und Opfern möglich seien. Die ehemalige Bürgerrechtlerin sprach von einem langwierigen Prozess der Aufarbeitung, den sie mit ihren Mitarbeitern gestalten und begleiten wolle.

Dazu seien zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen geplant. Ihr gehe es dabei vor allem um ganz konkrete Hilfe für die Betroffenen.

„Wir prüfen alles und suchen nach Wegen“, beschrieb

Poppe ihre Herangehensweise. Wie die ehemalige Bürgerrechtlerin sagte, arbeite ihre Dienststelle gerade an einer Handreichung über die gesetzlichen Grundlagen zur Überprüfung kommunaler Mandatsträger. „Damit wollen wir die zahlreichen Kommunen unterstützen, die in den letzten Wochen und Monaten Beschlüsse zu diesem Thema gefasst haben.“

Poppe plädierte für einen differenzierten Umgang mit der Geschichte. „Es gibt verschiedene Biografien und unterschiedliche Perspektiven“, sagte die Stasi-Beauftragte.

Sie verwies auf Beispiele ehemaliger Häftlinge, die im Gefängnis als IM angeworben wurden und heute deshalb keine Opferrente erhielten. Wer könne sagen, was in diesen schwachen Stunden in den Menschen vorgegangen sei, fragte die ehemalige Bürgerrechtlerin. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dieter Dombrowski, sprach sich

für eine Amtsausübung aus, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiere. Wichtig sei dabei vor allem Hilfe für die Opfer, sagte Dombrowski, der wegen „versuchter Republikflucht“ selbst 20 Monate in DDR-Haft verbringen musste.

Er forderte, dass endlich den Opfern Gerechtigkeit widerfahren solle. „Um die Täter wurde sich schließlich in Brandenburg schon genug gekümmert“, sagte Dombrowski und sicherte Poppe die volle Unterstützung der CDU-Fraktion zu. ps





DIE WOCHE IM ÜBERBLICK

» ABGEORDNETE BESUCHEN BUNDESWEHR-KASERNE IN GELTOW

(Bild 3 und 4) Unsere Abgeordneten Barbara Richstein und Danny Eichelbaum folgten am Donnerstag der Einladung des Chefs des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant Rainer Glatz in die Henning von Trescow Kaserne nach Geltow. Hier wurden die Abgeordneten über die aktuellen Probleme und Herausforderungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert.

» MONIKA SCHULZ-HÖPFNER MIT EIGENEM FESTUMZUGSWAGEN BEI STÄDTEFEST

(Bild 1) „Der Kohle-Saurier grüßt Guben und Gubin!“ lautete die Ankündigung für den letzten Wagen des Festumzugs, der im Rahmen der Feierlichkeiten zum 775-jährigen Jubiläum der Städte Guben & Gubin statt fand. Unsere Landtagsabgeordnete Monika Schulz-Höpfner nahm mit einem selbst gestalteten Festwagen am Umzug teil, der die drohende Abbaggerung der Schenkendöberner Ortsteile Atterwasch, Grabko und Kerkwitz zum Thema hatte.

» GESPRÄCH ZU BRANDENBURGER HOCHSCHULSITUATION

Unser hochschulpolitischer Sprecher Prof. Dr. Michael Schierack sowie Björn Lakenmacher, Fraktionssprecher für den ländlichen Raum haben sich mit dem Präsidenten der Technischen Hochschule Wildau (FH), Prof. Dr. László Ungvári, zu einem

Gespräch getroffen, um über die gegenwärtige Situation der Hochschule zu sprechen und die brandenburgische Wissenschaftslandschaft insgesamt zu beleuchten. Die Technische Hochschule Wildau (FH) bietet über die klassische Ingenieur- ausbildung hinaus betriebswirtschaftliche und verwaltungswissenschaftliche Studiengänge an. Sie verzeichnet stets steigende Immatrikulationszahlen und ist erst in dieser Woche in einem durch das Magazin Wirtschaftswoche initiierten Hochschulranking unter die TOP 10 in der Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwesen gewählt worden.

„In den letzten Jahren ist zum Beispiel mit dem Hochschulmittelverteilungsmodell sehr viel für die Wissenschaftslandschaft und für die Zukunftsperspektiven des Landes Brandenburg erreicht worden. Bereits in diesem Jahr wurden zwei Prozent bei den Personalmitteln im Hochschulbereich eingespart. Für das Jahr 2011 sind weitere Einschnitte zu befürchten. Weitere Sparmaßnahmen wären eine Abkehr von der erfolgreichen Hochschulpolitik der letzten acht Jahre und bedeuten eine ernste Gefahr für die blühende Hochschullandschaft im Land Brandenburg“, ist sich unser Wissenschaftsexperte Prof. Dr. Michael Schierack sicher.

„Bereits heute werden seitens der Technischen Hochschule Wildau (FH) intensiv Studenten aus anderen Ländern geworben, Kooperationsverträge





mit ausländischen Universitäten geschlossen und auch das Angebot des Fernstudiums konsequent ausgebaut. Solche Konzepte sind im Hinblick auf die demografische Entwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte wichtig und richtig“, ergänzte Björn Lakenmacher. *red/cs*

» ABGEORDNETE BESUCHTEN JUSTIZVOLLZUGSANSTALT

(Bild 2) Unsere Abgeordneten Frank Bommert, Steeven Bretz und Henry Wichmann besuchten gemeinsam mit dem rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum vor kurzem die Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow. Leiterin und Regierungsdirektorin Petra Wellnitz informierte unsere Abgeordneten über die Bedingungen des Strafvollzuges in Brandenburg. *red/cs*

» ENERGIEVERSORGUNG MIT ZUKUNFT

(Bild 6) Eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung braucht einen ausgewogenen Energiemix. Zu einem energiepolitischen Meinungsaustausch mit Vertretern von Greenpeace traf sich kürzlich der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Steeven Bretz. Tobias Münchmeyer, stellvertretender Leiter der politischen Vertretung von Greenpeace in Berlin, sowie Anike Peters, Kampagnenleiterin für Klima und Energie der Umweltschutzorganisation mit Sitz in Hamburg, machten deutlich,

dass sie keine Zukunft für die Lausitzer Braunkohle sehen. Ihrer Meinung nach dürften keine neuen Braunkohletagebaue in Brandenburg genehmigt werden. Münchmeyer verwies darauf, dass nur mittels eines Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung bis 2040 und durch den weiteren konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien die „ambitionierten“ CO₂-Minderungsziele der Bundesregierung erreicht werden könnten. Bretz stimmte mit Greenpeace überein, dass die Zukunft der Energieversorgung in den erneuerbaren Energien liege. „Ich glaube, darin besteht zwischen der CDU-Landtagsfraktion und Greenpeace keinerlei Dissens“, versicherte der CDU-Energieexperte, betonte aber, dass aus seiner Sicht für Brandenburg mittelfristig ein Verzicht auf die Verstromung von Braunkohle nicht möglich sei. Er halte einen überstürzten Ausstieg aus der Braunkohle schon deshalb für schwierig, so Bretz, weil dieser nicht losgelöst von Preisstabilität, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit betrachtet werden dürfe. *dk*

» RICHSTEIN ZUR OBERBÜRGERMEISTERKANDIDATIN FÜR POTSDAMER RATHAUS GEWÄHLT

(Bild 5) Unsere Abgeordnete Barbara Richstein (r.) ist mit knapp 90 Prozent am vergangenen Samstag zur Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt in Potsdam gewählt worden. Sie wird von Katherina Reiche MdB und unserer Fraktionsvorsitzenden Dr. Saskia Ludwig bei ihrer Kandidatur unterstützt. *cs*

FEHLER IM SYSTEM

Agrarpolitischer Gedankenaustausch mit dem Bauernbund Brandenburg

Ein Positionspapier mit Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2013 stand im Mittelpunkt eines Treffens des stellvertretenden Vorsitzenden und agrarpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dieter Dombrowski, mit dem Präsidenten des Bauernbundes Brandenburg, Karsten Jennerjahn, und dessen Geschäftsführer, Reinhard Jung, in der Prignitz. In dem Positionspapier fordert der Bauernbund Brandenburg beispielsweise die Umstellung der betriebsindividuellen Direktzahlungen an die Agrarbetriebe.

Bislang erhält jeder Agrarbetrieb diese nur für Flächen, für die er zuvor auch Zahlungsansprüche erworben und aktiviert hat. Ein einheitlicher Flächenausgleich würde hingegen bundeseinheitlich und auf

die vom Betrieb tatsächlich bewirtschaftete Fläche gezahlt werden. Damit - so sind sich beide Vertreter einig - würden auch wachsende oder neu beginnende Betriebe, die nicht über entsprechende Zahlungsansprüche verfügen, in den Anspruch der EU-Gelder kommen.

Deutliche Kritik übte der Bauernbund Brandenburg an der zunehmenden Bürokratisierung der EU-Agrarförderungspolitik. Landwirte, die Direktzahlungen aus Brüssel erhalten, müssen eine Reihe von Umwelt-, Lebensmittel-, Tiergesundheits- und Tierschutzstandards einhalten und dokumentieren (Cross Compliance). „Die Verpflichtungen, die sich aus Cross Compliance ergeben, bedeuten für mich als Landwirt, dass ich einen immer größeren Anteil meiner Arbeitszeit im Büro verbringe“, so Jennerjahn. Dombrowski betonte,



dass die Kritik des Bauernbundes an Cross Compliance angebracht und nachvollziehbar sei.

„Der Fehler im System ist, dass der Landwirt anhand von umfänglichen Dokumentationen seine Unschuld gegenüber den Behörden nachweisen muss. Tut er dies nicht, wird er bestraft und seine Direktzahlungen werden ihm gekürzt; in Wiederholungsfällen sogar um bis zu 15 Prozent“, sagte der CDU-Agrarexperte. Plädierte der Bauernbund für die Abschaffung von Cross Compliance nach 2013, so schlug Dombrowski vor, das angewandte Prinzip umzukehren. „Im deutschen Strafrecht muss einem Verdächtigen auch seine Schuld nachgewiesen werden. Deshalb sollte Cross Compliance ab 2014 nicht nur im Sinne der Landwirte vereinfacht, sondern auch gerechter gestaltet werden“, forderte er.

Jennerjahn und Jung betonten, dass der Bauernbund ein Verbot von Patenten auf Lebewesen befürworte. Aus ihrer Sichtweise der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hier in die richtige Richtung. „Nutztiere und -pflanzen müssen im Eigentum der Bauern bleiben“, sagte Jung. Dombrowski unterstützte diese Forderung des Bauernbunds. Er betonte, dass es aus seiner Sicht falsch sei, wenn die Saatgutrechte monopolisiert würden. „Dadurch entstehen nachteilige Abhängigkeiten für die Landwirtschaft.“ Die Konzerne würden die Bauern und ihr Eigentum an Boden dann nur noch als verlängerte Werkbank nutzen. „Nutzpflanzen und Nutztiere müssen deshalb in der freien Verfügung der Landwirtschaft verbleiben“, stellte Dombrowski klar. *dk*

„Rot-Rot spielt mit dem Feuer!“

Als Spiel mit dem Feuer bezeichnet unser innenpolitische Sprecher Sven Petke die Ablehnung des Antrages zur Finanzierung von 1.000 LKW-Führerscheinen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und beim Katastrophenschutz durch die rot-rote Mehrheit im Innenausschuss.

Er könne diese Entscheidung absolut nicht nachvollziehen, sagte Petke und verwies darauf, dass Rot-Rot bisher nichts unternommen habe, um den bekannten Missstand in diesem Bereich zu beheben. „Aus unserer Sicht ist es unverantwortlich, dass die Landesregierung nach wie vor kein eigenes Konzept zur Finanzierung präsentiert, sondern stattdessen die Hände in den Schoß legt“, sagte Petke.

Gerade die Naturkatastrophen in Mühlberg und an der Oder haben gezeigt, wie wichtig die freiwilligen Feuerwehren und der Katastrophenschutz sind. „Ich frage mich, ob erst etwas passieren muss, bis Rot-Rot reagiert“, sagte Petke weiter und forderte die Landesregierung auf, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Er erinnert daran, dass die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren bereits in der Anhörung des Ausschusses für Inneres am 15. April 2010 mit Nachdruck für die Einführung eines solchen Führerscheinprogrammes plädiert hatten. „Rot-Rot muss endlich handeln!“, fordert der CDU-Innenexperte. *ps*